

## **A n t w o r t**

**des Ministeriums des Innern und für Sport**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Damian Lohr (AfD)**  
**– Drucksache 17/619 –**

### **Zugehörigkeit der Stadtteile Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim**

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/619** – vom 29. Juli 2016 hat folgenden Wortlaut:

Die rechtsrheinischen Stadtteile von Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim wurden 1945 durch die alliierten Siegermächte Wiesbaden zugeschlagen.

Mehrere Bürgerbefragungen und Umfragen zeigten, dass die Bevölkerung von Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim mehrheitlich wieder zu Mainz gehören wollte.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es Bestrebungen der Landesregierung Rheinland-Pfalz, einen Staatsvertrag mit Hessen herbeizuführen, der Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim wieder Mainz zuschlägt? Wenn nein, warum nicht?
2. Finden Gespräche mit der hessischen Landesregierung zurzeit zu diesem Thema überhaupt noch statt?
3. Wäre für die Landesregierung eine Volksabstimmung in den betroffenen Gebieten hinsichtlich der Zugehörigkeit von Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim eine mögliche Handlungsoption?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. August 2016 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat bereits im September 1995 und erneut im Juni 1999 der hessischen Landesregierung einen Diskussionsentwurf für einen Staatsvertrag über die Eingliederung der Stadtteile Mainz-Kostheim, Mainz-Kastel und Mainz-Amöneburg in die Stadt Mainz übersandt. Die hessische Landesregierung teilte jedoch mit, dass sie nicht in Verhandlungen eintreten könne, da eine derartige Umgliederung zu gravierenden Nachteilen für das Land Hessen, die Landeshauptstadt Wiesbaden und die betroffenen Ortsteile führen würde.

Zu Frage 2:

Derzeit werden zu diesem Thema keine Gespräche mit der hessischen Landesregierung geführt.

Zu Frage 3:

Für die Landesregierung Rheinland-Pfalz wäre eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit der ehemals Mainzer Vororte Amöneburg, Kastel und Kostheim zur Stadt Mainz unterstützenswert.

In Vertretung:  
Günter Kern  
Staatssekretär